

Pressemitteilung vom 27.06.2017

Bürgermeister Heller in der Verantwortung

Am 26.10.2016 erfolgte eine Veranstaltung aufgrund einer Bürgeranfrage nach Gemeindeordnung §24 NRW, die ca. 60 Einzelfragen zu den geplanten Gewerbegebieten im Westen zwischen Detmold und Lage enthielt. Nachdem der Sondertermin in der Oetternbachschule nach einer fünfstündigen Diskussion ohne Einigung beendet wurde, versprach Bürgermeister Rainer Heller den über 100 anwesenden Bürgern einen zweiten Gesprächstermin, um gemeinsam nach Verbesserungen und Lösungen für die bereits durch umfangreiche Gewerbegebiete belasteten Ortsteile Nienhagen und Jerxen-Orbke zu suchen. Auf diesen Termin zum Thema "Zukunft der Dörfer im Westen von Detmold" warten die Bürgerinnen und Bürger bis heute.

Stattdessen findet sich die Öffentliche Ausschreibung in der LZ vom 24./25. Juni 2017 für die Erschließung des Gewerbegebietes "Balbrede" mit einer überplanten Fläche von insgesamt 7,69 ha. Die Bebauungszeit wird von September 2017 bis September 2018 geplant, so ist es in den Ausschreibungsunterlagen im Internet zu lesen. Dieses Vorgehen des Detmolder Bürgermeisters ist unseriös gegenüber den Bürgerinnen. Erst die öffentliche Ausschreibung und damit die Bürger vor den Kopf stoßen und dann möglicherweise ein Angebot machen, um das Versprechen einzulösen. Der Ärger der Bürger ist jetzt schon groß. Derartige vom Bürgermeisten initiierte Maßnahmen tragen sicher nicht zur Deeskalation bei.

Nachlassen werden die Aktivitäten und Bestrebungen der Bürger zum Schutz des Naturschutzgebiets Oetternbach keinesfalls. Vor allem mit Blick auf die weiteren in der Region geplanten Gewerbegebiete: "Poppenbrede" mit insgesamt 4,1 ha, "Westerfeld" mit insgesamt 34 ha, "Peterskamp" mit 19,6 ha und die "Oetternbrede", noch ohne Flächenangabe. Ganz im Gegenteil Untersuchungen zum Thema Klimawandel, der u.a. zu Wasserknappheit und Wüstenbildung in Europa führen wird oder Nachrichten wie "45% der heimischen Tiere, Pilze und Pflanzen sind vom Aussterben bedroht" (LZ 9. Juni 2017, Seite 10) machen mehr als deutlich, dass die Umweltschützer auf dem richtigen Weg sind. Es ist traurig, dass die Stimmen der Bürger kein politisches Gehör finden, obwohl die Fakten Klimawandel, Artenschwund nicht weg zu diskutieren sind. Es ist beschämend, dass Politiker vor den Umweltveränderungen die Augen verschließen und weitermachen wollen wie gehabt. Es ist unanständig Versprechungen zu machen und diese nicht vor der Bekanntmachung von Öffentliche Ausschreibungen umzusetzen. Politisch angeblich gewollte und hoch gelobte Bürgerbeteiligungen werden absurd und erfüllen nur noch eine Alibifunktion. Traurig.

Yvonne Finger

Stellv. Pressesprecherin Aktionsbündnis „Schützt Menschen und Tiere im Detmolder Westen“